

Beschluss

zur Sonder-Verkehrsministerkonferenz am 22. Januar 2024

(Telefon-/Videokonferenz)

TOP 3

Konzept zur Durchführung des Deutschlandtickets ab dem Jahre 2024

1. Die Verkehrsministerkonferenz stellt fest, dass das Deutschlandticket mit seiner bundesweiten Geltung und seinem einheitlichen Preis ein Erfolg ist. Es wird millionenfach verkauft, entlastet Pendlerinnen und Pendler und leistet einen wichtigen Beitrag zur Sicherstellung der Mobilität, zur sozialen Teilhabe und zum Klimaschutz.
2. Die Verkehrsministerkonferenz weist auf die hohe Bedeutung der Verstetigung und Verlässlichkeit des Ticketangebots und den unmittelbaren Zusammenhang mit der Akzeptanz dieses Tarifangebots hin, um viele neue Kundinnen und Kunden gewinnen zu können und damit auch eine Verringerung des staatlichen Zuschussbedarfes zu erreichen.
3. Die Verkehrsministerkonferenz stellt fest, dass nach aktuellen Prognosen der Szenario-AG die von Bund und Ländern zur Verfügung gestellten Mittel auch ohne eine Anhebung des Ticketpreises im Jahr 2024 ausreichen, vorausgesetzt, dass die Mittel aus 2023 übertragen werden.
4. Die Verkehrsministerkonferenz fordert den Bund auf, die im MPK-Beschluss vom 6. November 2023 getroffene Vereinbarung, im Jahr 2023 zur Verfügung gestellte und nicht verbrauchte Mittel ins Jahr 2024 zu übertragen, zügig umzusetzen und auf den Gesamtzeitraum 2023-2025 auszudehnen. Sie geht ferner davon aus, dass keine Kürzung von 350 Mio. Euro erfolgt.
5. Die Verkehrsministerkonferenz bittet die Szenario-AG der ÖPNV-Branche, auf dieser Basis zusammen mit den Ländern und der Clearingstelle fortlaufend aktualisierte Daten, Berechnungen und Prognosen vorzulegen, um auf einer tragfähigen Grundlage die weiteren Entscheidungen für das Deutschlandticket treffen zu können.
6. Die Verkehrsministerkonferenz beschließt, basierend auf der Vereinbarung zur Einführung des Deutschlandtickets, dass der monatliche Ticketpreis von 49 Euro im Jahr 2024 beibehalten wird. Sollte sich im weiteren Jahresverlauf auf Basis neuerer Zahlen herausstellen, ob ein Defizit in der Einführungsphase konkret zu erwarten ist, wird sich die Verkehrsministerkonferenz zeitnah damit befassen.